

Globale Zivilgesellschaft und die Religion

Gutes Zusammenleben erfordert einen demokratiefähigen Islam

Wie kommt es, dass sich extremistische Organisationen aus dem Islam heraus entwickeln? Beziehungsweise sich explizit auf ihn berufen können wie etwa der Islamische Staat?

Diese Frage kann und sollte man sich stellen, ohne dabei natürlich den Islam an sich und alle praktizierenden Muslime unter Generalverdacht zu stellen.



Nicht erst seit den Terroranschlägen in Paris stellt sich die Frage des guten Zusammenlebens der Religionen in einer pluralistischen Gesellschaft - speziell im Blick auf den Islam. Denn dieser hat eine Reihe von extremistischen Ausprägungen wie Al-Qaida und den „Islamischen Staat“ hervor gebracht. Bei Anhängern solcher Richtungen ist eine ausgeprägte Verachtung westlicher Lebensart, demokratischer Rechtsordnung und religiöser Toleranz festzustellen.

In der öffentlichen Debatte wird zwar über die Gefahr des islamischen Terrorismus gesprochen. Es fehlt aber eine Auseinandersetzung mit der Frage des guten Zusammenlebens von Anhängern und Anhängerinnen aller in Deutschland vertretenen Religionen.

Hier ist es sinnvoll, die Entwicklung des Christentums mit in den Blick zu nehmen: Auch Christinnen und Christen haben lange gebraucht, um zu lernen, dass ihre religiösen Vorstellungen etwa zu Ehescheidung oder Abtreibung nicht unmittelbar Gegenstand demokratischer Gesetzgebung werden können, wenn die Mehrheit der Bevölkerung nach anderen Vorstellungen lebt. Die Religionskriege des 16./17.Jahrhunderts in Europa bis hin zum protestantisch-katholischen Nordirlandkonflikt am Ende des 20.Jahrhunderts zeigen auf, dass religiöse Auseinandersetzungen sehr wohl zur Geschichte Europas gehören. Zu dieser Geschichte gehört aber auch ein politischer und religiöser Lernprozess. Dieser führt idealerweise zum friedlichen Zusammenleben in einer Gesellschaft, die Toleranz lebt, aber auch Toleranz einfordert.

Ein solcher demokratischer Lernprozess ist auch für den Islam und die heute in Deutschland lebenden Muslime und Musliminnen zu fordern. Ein Anfang dazu ist der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen.

Denn wer Religionsfreiheit will, kann ohne eine demokratiefähige Religion nicht gut leben. Es ist daher an der Zeit, dass islamische Organisationen, christliche Kirchen, politische Parteien, aber auch Medien und Vertreter der Zivilgesellschaft sich öffentlich und klar für die Demokratiefähigkeit der hier und heute lebenden Religionen einsetzen- auch für die des Islam!

Erfahren Sie mehr auf unserem [Blog!](#)

Kontakt:



Laichingen – Jena – Berlin

Sonja Knobbe M.A.

Geschäftsführung

sonja.knobbe@institut-fuer-sozialstrategie.de

<http://institut-fuer-sozialstrategie.de>

<https://www.facebook.com/institut.fursozialstrategie>

<http://blog.institut-fuer-sozialstrategie.org/>

Bleichwiese 3
89150 Laichingen